



HESSISCHER LANDTAG

29. 04. 2015

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Flüchtlingstragödien im Mittelmeer erschüttern Europa

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag ist bestürzt und entsetzt über die jüngsten Flüchtlingstragödien im Mittelmeer. Insbesondere die Flucht über das Mittelmeer nach Europa birgt für die Flüchtlinge erhebliche Gefahren für Leib und Leben, denen begegnet werden muss. Dass Tausende Menschen auf dem Weg nach Europa sterben, ist unerträglich. Der Landtag bekennt sich zur humanitären Verpflichtung Hessens und Europas, Flüchtlinge aufzunehmen und angemessen zu versorgen.
2. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass auf dem EU-Sondergipfel erste Schritte zu einer Verbesserung der Situation beschlossen wurden. Der Landtag befürwortet, dass die Mittel für die Seenotrettung im Rahmen des EU-Sondergipfels wieder erhöht sowie weitere Maßnahmen vereinbart wurden. Allerdings kann und muss von der EU insgesamt wie auch von den Mitgliedstaaten mehr getan werden, um das Sterben weiterer Menschen zu verhindern.
3. Schleusern, die von der Not der Menschen profitieren, muss das Handwerk gelegt werden. Verzweifelte Hilfesuchende, die keine andere Möglichkeit sehen, als über das Mittelmeer zu flüchten, vertrauen Schlepperbanden ihr Leben an, die die Menschen im Stich lassen und sich nicht um ihre Sicherheit scheren. In Übereinstimmung mit der gemeinsamen Erklärung der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder zu den Themen Migration und Flüchtlingsaufnahme auf europäischer Ebene vom 23. März 2015 hält es der Landtag für unabdingbar, dass beispielsweise durch von der EU finanzierte Hilfs- und Ansiedlungsprogramme gerade bei sogenannten Armutsfüchtlings zu einer besseren Situation in den Herkunfts- und Transitländern und durch andere wirksame Mechanismen zu einer verbesserten Steuerung von Migration in die EU beigetragen wird. Zudem sollen in diesem Zusammenhang legale Wege der Zuwanderung geprüft und ermöglicht werden.
4. Der Landtag spricht sich im Geiste europäischer Solidarität für eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen zwischen den Mitgliedstaaten aus, die soziale, sprachliche oder familiäre Bezugspunkte berücksichtigen sollte. Der Landtag appelliert an alle EU-Mitgliedstaaten, sich zu verpflichten, diejenigen EU-Länder wirksam zu unterstützen, die besonders viele Flüchtlinge aufnehmen. Der Landtag setzt sich weiterhin dafür ein, dass auch vor diesem Hintergrund die sog. Dublin-III-Verordnung überprüft wird, insbesondere inwieweit ein wirksamer humanitärer Flüchtlingsschutz in der Europäischen Union durch eine gemeinsame Politik und Finanzierung gesichert werden soll.
5. Der Landtag stellt fest, dass die humanitäre und wirtschaftliche Situation und die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Flüchtenden verbessert werden müssen, um für die Menschen vor Ort Sicherheit und eine Perspektive zu schaffen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 28. April 2015

Für die Fraktion
der CDU
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Bellino

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taurus)